

Redaktion und Administration: Krakau, Dunajewskigasse Nr. 5.

Telefon: Tag 2314. Nacht 3546

Telegramm-Adresse: KRAKAUER ZEITUNG.

Postsparkassenkonto Nr. 144.538.

Zuschriften sind nur an die Adresse „Krakauer Zeitung" Krakau 1, Abt. für Militär, zu richten.

Manuskripte werden nicht rückgesandt.

# KRAKAUER ZEITUNG

Einzelnummer . . . . 12 h
Monatsabonnement zum Abholen in der Administration K 3·—
Mit Postversand . . . K 3·60

Alleinige Inseratenannahme für Oesterreich-Ungarn (mit Ausnahme von Galizien und Polen) und das Ausland bei M. Dukes Nachf. A.-G. Wien I., Wollzeile 16, für den Balkan bei der Balkan-Annoncenexpedition A. G. in Sofia.

ZUGLEICH AMTLICHES ORGAN DES K. U. K. MILITÄRKOMMANDOS KRAKAU.

IV. Jahrgang. Mittwoch, den 6. März 1918. Nr. 63.




## Amtlicher Teil.

**Verlautbarungen des k. u. k. Militärkommandos Krakau, Landwehrgruppe.**

### Aufruf.

Sämtliche sich in Krakau und Umgebung aufhaltenden Legionspersonen — Offiziere und Mannschaften — gleichgiltig, ob sie sich zum Aufenthalte bei den Lokalbehörden angemeldet haben oder nicht, ob sie einen Einrückungs-Befehl zur Personal-Sammelstelle des polnischen Hilfskorps in Krakau erhalten haben oder nicht, werden hiemit aufgefordert, sich längstens bis 10. März 1918 bei der Sammelstelle des Etappenstationskommandos im Barackenlager Witkowice bei Prądnik Czerwony zu melden.

Nach diesem Termine nicht eingerückte Legionsangehörige werden unter Umständen als Deserteure behandelt.

## Oesterr.-ung. Generalstabsbericht.

Amtlich wird verlautbart: 5. März 1918. **Wien, 5. März 1918.**

**An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.**

**Die Operationen zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit in der Ukraine nehmen den beabsichtigten Verlauf.**

**Rumänien hat die Waffenstillstandsbedingungen der Mittelmächte angenommen.**

Der Chef des Generalstabes.

## TELEGRAMME.

### Der Friedensvertrag mit Russland.

**Protest der russischen Delegation.**

**Wien,** 5. März. (KB.)

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet aus Brest-Litowsk vom 4. d.:

Nach Uebernahme der am 1. d. M. mit der russischen Delegation überreichten Entwürfe zum Friedensvertrag und zu dessen Annexen sowie rechtspolitischen Zusatzverträge, erklärte die russische Delegation, nicht in kommissionelle Verhandlungen über diese Verträge eintreten zu wollen.

Im Laufe des Nachmittags des 1. März nahm der Vorsitzende der russischen Delegation mit den Vorsitzenden der Vierbundmächte Fühlung und ersuchte um Bestimmung eines Tages zur Unterzeichnung der Verträge, worauf hiefür im gemeinsamen Einvernehmen der 3. März festgesetzt wurde. Am 2. ds. nahmen der Vorsitzende und einzelne Mitglieder der russischen Delegation Fühlung mit den Delegierten der Verbündeten, um sich über einzelne Bestimmungen der Vertragsentwürfe Aufklärungen zu verschaffen. Wünsche wegen Abänderung der Entwürfe wurden im Laufe dieser Besprechungen von russischer Seite nicht geäussert.

Bei der unter dem Vorsitze des österreichisch-ungarischen Botschafters v. Merey am 3. ds., vormittags 11 Uhr abgehaltenen Vollversammlung wurden zunächst die Vollmachten der Bevollmächtigten vorgewiesen, geprüft und richtig befunden. Im allseitigen Einverständnisse wurde vorbehalten, dass Graf Czernin und Staatssekretär Kühlmann ihre Unterschriften in Bukarest nachtragen.

Hierauf gab der Vorsitzende der russischen Delegation zwei Erklärungen ab: In der ersten dieser Erklärungen verwies er auf die im letzten Absatze des Artikels IV des Friedensvertrages enthaltene Vertragsbestimmung betreffend den Verzicht Russlands auf Einmengung in die Neuordnung der Verhältnisse der Bezirke Erdham, Kars und Batum. Er erklärte, diese Vertragsbestimmung, die eine Gebietsveränderung ohne Befragung der Bevölkerung involviere, nur unter Protest anzunehmen.

In seiner zweiten Erklärung verwies Herr Sokolnikow einleitend darauf, dass das deutsche Ultimatum die russische Republik im Stadium der Demobilisierung getroffen habe, weshalb sie gezwungen war, dieses anzunehmen und den ihr nunmehr vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen. Dieser Friede sei kein Verständigungsfriede. Die russischen Randvölker würden unter dem Vorwande, dass ihnen das Selbstbestimmungsrecht gewahrt werde, dem Einflusse Deutschlands unterstellt, wobei die dortigen herrschenden Klassen gegen die Revolution geschützt und die gegenrevolutionären Kräfte gestärkt würden. Ebenso stütze der Vierbund die revolutionsfeindlichen Kräfte in Finnland und der Ukraine und verfolge hiebei strategische Ziele. Das durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigte Russland unterzeichne den ihn vorgelegten Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen hierüber einzutreten.

In Erwiderung hierauf gab Botschafter v. Merey, der den Delegierten der Verbündeten eine eingehende Entgegnung auf das Meritum der russischen Proteste vorbehielt, dem Bedauern über die russische Erklärung Ausdruck. Die Mächte des Vierbundes hätten gehofft und gewünscht, dass an diesem Tage nur friedliche und versöhnliche Töne angeschlagen werden. Wenn die russische Delegation gegen den letzten Absatz des Artikels IV des Friedensvertrages protestiere, so müsse er darauf verweisen, dass die russische Delegation in der Lage war und genügend Zeit besass über diese ihr vorgelegte Vertragsbestimmung zu verhandeln und ihre Aenderung anzustreben. Wenn sie die Vertragsentwürfe ohne zu verhandeln bloss annehme, habe sie kein Recht sich hierüber zu beschweren, sondern habe dies allein zu verantworten. Ueberhaupt müssten die Mächte des Vierbundes jede Schuld an der jetzigen Situation Russlands ablehnen. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk dauerten bei voller Waffenruhe zwei Monate lang und die russische Delegation hatte bei entsprechender Verwendung dieser langen Frist reichlich Zeit, das Friedenswerk auf der zu Beginn einvernehmlich festgelegten Grundlage zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Uebrigens sei das Material schon früher durchberaten worden. Wenn die russische Delegation in der Folge diesen Weg verliess und nunmehr auf abschliessende Besprechungen verzichte, so treffe die Schuld hieran ausschliesslich die russische Delegation.

In längerer Ausführung trat hierauf der Bevollmächtigte der Türkei Hakki Pascha der ersten Erklärung Herrn Sokolnikows entgegen. Er wies darauf hin, dass die Türkei die Bezirke von Erdehan, Kars und Batum durch vier Jahrhunderte besessen habe, dass Russland diese Gebiete im Wege gewaltsamer Annexionen erworben habe und dass die Türkei, so lange sie diese Gebiete hatte, von dort aus niemals gegen Russland aggressiv vorgegangen sei. Was den Vorwurf anlange,

dass hier eine Annexion vorgenommen werde, so verweise er auf den Wortlaut der fraglichen Vertragsbestimmung, aus der hervorgehe, dass die Bevölkerung dieser Gebiete ein Recht habe, ihr künftiges staatliches Schicksal selbst zu bestimmen. Diese Vertragsbestimmung mache ein Unrecht wieder gut, das die frühere russische Regierung der Türkei zugefügt habe.

Auf den Vorwurf Herrn Sokolnikows, Deutschland habe die Kündigungsfrist des Waffenstillstandes nicht eingehalten, erwiderte General Hoffmann durch Hinweis auf die Erklärungen des Staatssekretärs von Kühlmann in der Plenarsitzung vom 10. Februar l. J., wonach durch den von Russland vollzogenen Abbruch der Friedensverhandlungen, der Waffenstillstandsvertrag ausser Kraft trete. Diese Mitteilung habe Herr Trotzkij widerspruchslos zur Kenntnis genommen.

Gesandter von Rosenberg, der hierauf das Wort ergriff, führte aus, dass der von der russischen Delegation jetzt beanständete Absatz 3 Artikel IV des Friedensvertrages nicht, wie die russische Delegation behaupte, eine Vergewaltigung der Völkerschaften im Gebiete von Batum, Erdeham und Kars bedeute, da diese Völkerschaften ihre staatliche Zukunft selbst regeln würden. Weiters weist Herr von Rosenberg darauf hin, dass Russland die freie Entschliessung besass, die von Deutschland gestellten Bedingungen anzunehmen oder abzulehnen, so dass es nicht sagen könne, der Friede sei ihm aufgezwungen worden. Deutschland habe im Dezember und Jänner ehrlich einen Verständigungsfrieden angestrebt, dessen Erreichung jedoch an Mangel guten Willens der Gegenseite scheiterte. Dennoch sei der jetzige Friede kein imperialistischer, da er weder Annexionen noch Kontributionen verlange. Gegenüber der Behauptung des Vorsitzenden der russischen Delegation, Deutschland habe die Absicht, die gegenrevolutionären Strömungen in Russland zu fördern, müsse er erklären, dass diese Absicht Deutschland und seinen Verbündeten fernliege. Die Mächte des Vierbundes wollen nur keine gegen sie gerichteten Agitationen und keine Propaganda, überlassen es aber Russland, innerhalb seiner Grenzpfähle zu tun, was es für gut finde.

Der Vorsitzende der bulgarischen Delegation Herr Toschew wies darauf hin, dass die Vertreter des Vierbundes mit den russischen Delegierten zusammengekommen seien, um dauernden Frieden zu schliessen und nicht um den Keim für neue Kriege zu pflanzen. Sprache und Erklärungen Herrn Sokolnikows schüfen jedoch eine Atmosphäre, die mit dieser Absicht übereinstimme. Er müsse der unbegründeten Behauptung der russischen Delegation entgegentreten, dass der Vierbund Russland vergewaltigen wolle, ein Gedanke, der Bulgarien und dessen Verbündeten fern liege. Wenn Russland sich in seiner heutigen Situation befinde, so sei dies nur das Ergebnis jener nicht weitschauenden Politik, die Russland geführt habe.

Nach der Replik des Herrn Sokolnikow, der im wesentlichen nur den von ihm bereits entwickelten Standpunkt wiederholte und nach einigen Gegenbemerkungen des Gesandten von Rosenberg und des General Hoffmann wurde die Sitzung um 2 Uhr nachmittags auf 4 Uhr verlegt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde zur Unterzeichnung des Friedensvertrages geschritten, die um 5 Uhr beendet war. Hierauf folgte die Unterzeichnung der Rechtsverträge, die um halb 6 Uhr geschlossen wurde.

Sodann ergriff Botschafter von Merey das Wort und führte aus: „Ich möchte den feierlichen Akt, den wir eben vollzogen haben, nicht vorübergehen lassen, ohne der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, dass der heute unterzeichnete Friede es den Völkern unserer Mächtegruppe sowie Russland, die sich durch mehr als dreieinhalb Jahre im Kriege gegenüberstanden, ermöglichen werde, doch allmählich die früheren freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Nach Worten des Dankes an das Bureau und an die Dolmetscher erklärte Botschafter Merey die Friedensverhandlungen für geschlossen.

## Eine offiziöse deutsche Darstellung.

Berlin, 5. März. (KB.)

**Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärt: Die russische Behauptung, dass die russischen Unterhändler in Brest-Litowsk genötigt waren, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne von seinem Inhalt die erforderliche Kenntnis genommen zu haben, ist völlig unzutreffend.**

**Was die rechtlichen Bestimmungen des Vertrages betrifft, so stimmen sie völlig mit jenen überein, die in wochenlangen Verhandlungen zwischen den Delegationen in Brest-Litowsk schon vor Wiederaufnahme der Feindseligkeiten festgelegt waren. Die politischen Bestimmungen des Vertrages werden nach Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den russischen Delegierten und dem Gesandten Rosenberg eingehend erörtert. Besondere Kommissionen einzusetzen lehnten die Russen selbst ab.**

**Sie haben also in voller Kenntnis und nach einer Prüfung, die sie selbst als ausreichend betrachteten, den Vertrag unterzeichnet.**

## Ententeverhandlungen über die Lage in Sibirien.

### Keine Teilnahme Japans.

London, 5. März. (KB.)

**„Daily Mail" zufolge finden zwischen England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten Unterhandlungen über die Lage in Sibirien statt.**

**Japan nimmt an den Verhandlungen nicht teil.**

## Freilassung früherer russischer Minister.

**Petersburg,** 5. März. (KB.)

(Meldung der St. Petersburger Telegraphen-Agentur.)

Die seinerzeitigen Minister der vorläufigen Regierung Tereschtschenko und Kischkin wurden gestern in Freiheit gesetzt, gegen die Verpflichtung, beim ersten Ruf vor dem revolutionären Gerichtshof zu erscheinen.

**Bis Schluss der Redaktion sind unsere Privattelegramme nicht eingetroffen.**

## Kleine Chronik.

Rumänien hat den Waffenstillstand auf Grund der neuen Bedingungen angenommen.

Die Aalandsinseln sollen durch deutsche Truppen besetzt werden.

Großrußlands Lebensmittel werden durch die Zentralmächte einheitlich aufgekauft und dann untereinander verteilt werden.



## Lokalnachrichten.

**Stadtratssitzungen.** Mittwoch den 6. ds. findet um 6 Uhr abends eine Geheimsitzung des Krakauer Stadtrates statt, in der die Wahl des Stadtpräsidenten erfolgen wird. Die nächste ordentliche Sitzung des Stadtrates findet Donnerstag den 7. ds. mit nachstehender Tagesordnung statt: Wahl der Statutenkommission, Bericht der Finanzsektion über die Unterschlagung städtischer Gelder durch den Hauptkassier Onyszkiewicz, Verkauf des Grandhotels, Erhöhung der Teuerungszuschläge, Erhöhung des Fahrtarifes der elektrischen Strassenbahnen, Kauf eines Hauses in der Poselskagasse zur Unterbringung städtischer Bureaus.

**Brot aus Maismehl.** Das städtische Approvisionierungsbureau teilt mit, daß den Bäckern Mehl zum Brotausbacken mit folgender Maismehlbeimengung ausgefolgt wurde: für Dienstag den 5. l. M. 50 Prozent und für Mittwoch und Donnerstag 60 Prozent Maismehl.

**Artur Goldmann** hat sein zahntechnisches, allgemein bekanntes Atelier, das er bis zu seiner vor drei Jahren erfolgten Einberufung zum Heeresdienste erfolgreich zusammen mit Dr. S. Friedeker in Krakau geleitet hatte, wiedereröffnet. Das Atelier befindet sich Wielopole 6, I. Stock.

### Wetterbericht vom 5. März 1918.

| Datum | Beobachtungszeit | Luftdruck Millimeter | Temp. Cels. beobachtete | Temp. Cels. normale | Windrichtung | Bewölkung | Niederschlag |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 4./3. | 9 h abds. | 757 | 2·2 | 2·0 | Ost | heiter | — |
| 5./3. | 7 h früh | 758 | 0·0 | 0·1 | N. Ost | „ | — |
| 5./3. | 3 h nchm | 758 | 6·9 | 4·6 | N. Ost | „ | — |

**Witterung** vom Nachmittag des 4. bis Mittag des 5. März: Heiter, stürmisch, nachts Frost.

**Prognose** für den Abend des 5. bis Mittag des 6. März: Heiter, windig, kalt noch anhaltend.

## Militärisches.

**Ernennung zum Fähnrich i. d. Reserve.** Das Kriegsministerium hat wahrgenommen, daß bei der Ernennung der Kadettaspiranten zum Fähnrich nicht gleichmäßig vorgegangen wird, daß die Ernennung häufig ungerechtfertigt unterbleibt. Diese Tatsachen geben zu berechtigten Klagen Anlaß. Es ist Pflicht aller Kommandanten, die berufen sind, die Ernennung vorzuschlagen oder zu vollziehen, sich mit den Bestimmungen für die Ernennungen eingehend vertraut zu machen, und sobald die Bedingungen erfüllt sind, die Ernennungen zu beantragen und zu vollziehen. Die Ernennung zum Fähnrich hat nach zwölfmonatiger befriedigender Gesamtdienstleistung, wovon im ganzen vier Monate bei der Truppe im Felde zugebracht sein müssen, unbedingt zu erfolgen. Als befriedigend ist die Dienstleistung dann anzusehen, wenn der Aspirant die Gewähr bietet, ein brauchbarer Reserveoffizier zu werden. Vor Ablauf des Termins kann die Ernennung als Belohnung für vorzügliches Verhalten vor dem Feinde erfolgen.

# Die wirtschaftliche Zukunft Polens.

Mehr und mehr beschäftigen sich die Polen mit der wirtschaftlichen Zukunft ihres Landes. Die in Lublin erscheinenden „Wirtschaftlichen Mitteilungen" bringen in jeder Nummer zahlreiche Artikel polnischer Fachleute, welche alle dieses Thema zum Gegenstand haben und an der wirtschaftlichen Regeneration Polens mitarbeiten wollen. Ihre Ausführungen sind naturgemäß etwas vag, da die polnischen Grundlagen des künftigen Königreiches Polen, namentlich die territorialen, noch sehr unbestimmt sind, es handelt sich meist mehr um Wünsche als um klare Programme. Allein auch diese Wünsche sind nicht uninteressant und ein kurzer Ueberblick über den Geist und Sinn dieser Ausführungen erscheint daher am Platze.

Nach Ansicht fast aller Polen ist die bisherige wirtschaftliche Zurückgebliebenheit des Landes nicht durch natürliche, sondern durch politische und soziale Ursachen begründet. Rußland habe stets gegen das Aufkommen der polnischen Industrie gearbeitet. Es sei nicht wahr, daß die polnische Industrie die russischen Märkte beherrscht habe. Im Gegenteil. Im Kampf zwischen den Textilzentren Lodz und Moskau wurde Moskau von der russischen Regierung offen begünstigt. Die Einfuhr aus Rußland nach Polen wuchs immer mehr an, die Ausfuhr aus Polen nach Rußland ging stetig zurück. Alle Tarifbildungen waren gegen Polen gerichtet. Wie stiefmütterlich Polen behandelt wurde, beweist am besten seine Handelsbilanz, die in den meisten Industrieprodukten und auch in den Erzeugnissen der Landwirtschaft passiv war. Auch gegen Deutschland und Oesterreich werden Anklagen erhoben. In Preußisch-Polen habe die Regierung die deutsche Industrie begünstigt und die polnische boykottiert, in Galizien habe die rückschrittliche Industriepolitik den Aufschwung einer polnischen Industrie gehindert, die mächtigen österreichischen Kartelle behandelten Galizien als auszubeutende Kolonie (!).

Die natürlichen Bedingungen für eine industrielle Entwicklung Polens seien sehr günstig. Berge und Niederungen, trockene und feuchte Gebiete, Wald- und Ackergelände, verschiedenartige Bergreviere, Küstenstriche (!) Seen und mächtige Flüsse ermöglichen alle Arten des Wirtschaftsbetriebes schon dadurch, daß sie sehr zahlreiche Rohstoffe in beträchtlicher Menge liefern können. Die Rohstoffproduktion Polens, die jetzt, inklusive der Agrarprodukte, neun Milliarden Kronen betrage, könne leicht um 50 und 100% gesteigert werden. Großartige Vorräte an Kohle und Petroleum sind im Schoße der Erde verborgen, in einer Ausdehnung, die alle früheren Annahmen weit übersteigt. Doch wird zugegeben, daß die gegenwärtig gewonnene Kohle nicht verkoksbar und die polnischen Eisenerze kein guter Rohstoff sind, weshalb die Bedingungen für die Eisenindustrie derzeit nicht günstig seien. Aber immerhin besitzt Polen in seiner Kohle, seinem Petroleum, der starken Strömung seiner zahlreichen Flüsse reiche Quellen kinetischer Energie, zu welchen wieder der „Wellengang des polnischen Meeres" gerechnet wird.

Man sieht, daß hier allseits mit einem Staate gerechnet wird, der bis zum Meere reicht, eigene Häfen besitzt und eine eigene Schiffahrt entwickeln kann.

An tauglichen menschlichen Arbeitskräften fehlt es gleichfalls nicht, die freilich jetzt zu Hunderttausenden jährlich das Land verlassen. Für die Zukunft werden die von ausgewanderten Polen in überseeischen Gebieten gebildeten Kolonien die Anknüpfung wertvoller Handelsbeziehungen ermöglichen.

Die Verkehrswege sind für den Binnenhandel sehr günstig. Land- und Wasserwege gestatten billige Fracht. Ihre Ausgestaltung wird dringend gewünscht, insbesondere die Verbindung der Wasserstraßen im europäischen Rußland mit dem Wasserstraßennetz der Zentralstaaten, so der Bau des Donau—Oder—Weichsel—Dniestr-Kanals mit einer Abzweigung zur Elbe, der Umbau des Königskanals (Bug—Dniepr), der Bau des Wolga—Don-Kanals, die Regulierung und teilweise Kanalisierung der polnischen Flüsse. Volle Freiheit für die polnische Schiffahrt im Schwarzen Meere, sowie das Vorrecht von Freihäfen dortselbst wird verlangt. Die Landverbindungen mit dem Westen seien günstig, der baltische, der mittelpolnische und der subkarpathisch-podolische Weg führen alle über Polen, während durch die österreichisch-ungarischen Länder, die durch den Karpathenbogen abgedrängt sind, nur eine einzige, den Osten mit dem Westen verbindende Straße, führe: der Donauweg. Nach Oesterreich-Ungarn und dem Süden leiten die bequemen Karpathenpässe. Das polnische Eisenbahnnetz muß künftig mehr nach kommerziellen als nach strategischen Rücksichten, die bisher allein entscheidend waren, ausgestaltet werden. Vom Ausland werden günstige Tarifverträge erwartet, welche wenigstens für die Uebergangszeit die Zufuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr gewisser Fabrikate erleichtern. Ueberdies will man die Zentralmächte um Abtretung oder Verleihung eines entsprechenden Lokomotiv- und Waggonkontingents ersuchen. Auch Kapital zur Entwicklung der Industrie und des Gewerbes hofft man von den Zentralmächten, da in Polen selbst sehr wenig vorhanden ist und auch die polnischen Banken in Posen und Galizien dem Bedarf nicht genügen können. Also viel Aspirationen und viel Ansprüche! Als Gegenleistung stellt man den Bezug von Werkzeugen und Maschinen aus den Zentralstaaten in Aussicht. Als günstigsten Absatzmarkt sieht man hingegen Rußland an, wo der Bauer während des Krieges viel Geld aufgehäuft hat.

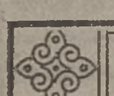
Alle diese Programme rechnen wenig mit der politischen Realität, mit der unmittelbaren Zukunft, sie setzen meist politische Träume als realisiert voraus, sie fordern viel und bieten wenig. Abgesehen davon, daß die Kommassation des Grundbesitzes mit einem gewissen Eifer betrieben wird, beschäftigt sich kaum jemand mit einer wirtschaftlichen Organisation, die sich auf die Kräfte und Fähigkeiten des bisher als selbständiges Polen in Betracht kommenden Gebietes beschränken würde.



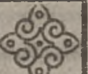
## Theater, Literatur und Kunst.

**Beförderung.** Der Oblt. Heinrich Kipper, dzt. Inspektionsoffizier im Rekonvaleszentenheim „Künstlerhaus", bekannt durch seine Kriegsbücher „Aus Wunden und Wonnen" und „Lieder eines Verwundeten", wurde mit 1. November 1917 zum Hauptmann befördert.

**„Volk und Heer".** Redaktion: A. Karl-Rückert. Heft 4/5. Wien, 20. Februar 1918. Preis K 1·—. Verlag Karl Harbauer. Inhalt: „Aus der Etappe an der Ostfront" von Adolf Gelber; „Unsere Brieftauben und der Krieg" von Oblt. F. Löw; „Schicksalspuppen?" von Alex. W. Liskow; „Von den Bewohnern „unseres" Venetiens" von Carl M. Danzer; Volkswirtschaftlicher Anhang; Büchertisch.



## Bücherschau.



**„Galizien und Bukowina".** Berufsstatistik nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in Oesterreich, 3. Bd. 10 Heft der Oesterreichischen Statistik, Wien 1916. — Nunmehr ist endlich auch für Galizien und die Bukowina die statistische Verarbeitung der Berufszählung von 1910 veröffentlicht worden. Im großen Ganzen gegen die frühere Art und Weise der Handhabung unverändert, weist das Heft diesmal doch zwei Tabellen auf, deren Bedeutung gerade in einer Zeit wie der heutigen nicht hoch genug angeschlagen werden kann: Umgangssprache und Konfession. Damit ist man auf dem Wege zur Erfassung der wirklichen nationalen Gliederung der Bevölkerung einen wesentlichen Schritt vorwärts gelangt, wenngleich die vorliegenden Zahlen immer noch recht unvollständig sind. So ist das Verhältnis zwischen Polen und Ruthenen, z. B. dadurch unrichtig wiedergegeben, daß zur Rubrik „Umgangssprache Polnisch" auch die großen Gruppen von Juden hinzugezählt wurden, die als wirkliche Umgangssprache nie das Polnische, sondern stets nur das Jiddische benutzen. Und so wie in Galizien der polnischen, ist diese Gruppe für die Bukowina der deutschen Rubrik eingegliedert worden; erst wenn man hier noch eine weitere Spezialisierung vornimmt, wird man zu einem richtigen Bewerten der nationalen Minderheiten gelangen. H. Mg.

**„Wir und Deutschland"** von Dr. Gustav Stolper. Verlag Franz Deuticke, Wien und Leipzig, 1917. — Mit seinen „Mitteleuropäischen Wirtschaftsproblemen" hat sich Dr. Stolper, der bekannte Herausgeber des „Oesterreichischen Volkswirtes", als einer der bedeutendsten praktischen Wirtschaftspolitiker erwiesen, über die Oesterreich vielleicht zurzeit verfügt. Dieses Buch steht würdig neben Naumanns „Mitteleuropa", nur daß Naumann noch immer jener ein wenig sentimentalen und sich auch an den materiellsten Zielen berauschenden Romantik unterliegt, mit welcher die Deutschen von jeher ihre Politik umkleideten. All der gefühlsschwere Ballast, der die ruhige Beurteilung so nüchterner Probleme unsagbar erschwert, fehlt bei Stolper und sein kühles, sicheres Beurteilungsvermögen bedarf keiner Krücken. So ist auch das nunmehr vorliegende Büchlein „Wir und Deutschland" — ebenfalls ein Separatdruck im „Volkswirt" veröffentlichter Aufsätze — eine jener wenigen Aeußerungen zu den Kriegszielen der Mittelmächte, die aus den zahllosen Flugschriften bedeutend hervorragen. Mit feinfühligem Verständnis zeigt er jene Ursachen, die Deutschland zwingen, hinsichtlich der Friedensbedingungen manchmal einen weitergehenden Standpunkt einzunehmen als Oesterreich-Ungarn, das auch vor dem Kriege keinerlei Kolonien und keinerlei weltpolitische Interessen zu verteidigen hatte. Diese Divergenz der Ziele darf aber nicht zu einer Divergenz der Politik führen: Oesterreich-Ungarns Interesse ist, wie Stolper nochmals eingehend begründet, so durchaus und ausschließlich an Deutschland gebunden, es hat so wenig die Möglichkeit, etwa nach einer anderen Richtung hin eine seine Großmachtstellung wahrende Politik zu treiben, daß nur eine noch engere Verknüpfung beider Reiche und ein tieferes freundschaftliches Verständnis für die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten des Anderen gewünscht und gefördert werden können. H. Margulies.

**„Machiavellis Politik".** Von Johann Gottlieb Fichte. Eingeleitet und herausgegeben von Dr. Josef Hofmiller. Leipzig, Philipp Reclam jun. (Univ. Bibl. 5928). Preis 30 Pf. — Fichtes großer Aufsatz über Machiavelli ist nicht nur zeitlich der unmittelbare Vorläufer der „Reden an die deutsche Nation", sondern auch inhaltlich ihre unentbehrliche Ergänzung nach der Seite der auswärtigen Politik. Unbegreiflicherweise über den umfangreicheren Werken des Philosophen in Vergessenheit geraten, wirkt er im gegenwärtigen Zeitpunkt derart aktuell, als wäre er ein heute geschriebener Beitrag zu den Kriegszielerörterungen. Er zeigt mit großartigem Freimut, wie verhängnisvoll gerade die edelsten Eigenschaften, wie Redlichkeit, Güte, Großmut wirken, sobald sie im Wettbewerb mit anderen und anders organisierten Völkern zu politischen Eigenschaften werden. Der strengste der deutschen Moralisten offenbart sich zu unserer Ueberraschung als der härteste Realpolitiker und, drei Menschenalter vor Nietzsche, als Bekenner des Willens zur Macht.

**„Prosaische Schriften"** von Hugo v. Hofmannsthal. 3. Band. S. Fischer, Verlag, Berlin. Preis geh. M 3.—, geb. M 4.50. — Lange erwartet, erscheint soeben ein neuer, der dritte Band der „Prosaischen Schriften" von Hofmannsthal. Die Themen darin sind die denkbar verschiedensten: ein Gespräch zweier Tänzerinnen über „die Furcht", Erinnerung an seelenöffnende Gefühlsblitze auf einer griechischen Reise, dazwischen Nachrufe an drei verstorbene Gelehrte, Oesterreichisches, dessen Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft beleuchtet, und ein Hymnus auf Vincent van Gogh, — aus allem aber spricht uns dieselbe Stimme, dieselbe Gesinnung eines Mannes an, der nur an dem Geistigen in den Erscheinungen der Kunst, des menschlichen Charakters und der Natur sich entzündet. Auch die gewissermaßen politischen Aufsätze des Bandes, über den Prinzen Eugen, Maria Theresia und Grillparzer, fallen von dieser großen Art nicht ab. Hofmannsthal hat die Fähigkeit, Allgemeines als ein Tatsächliches zu sehen, und sein Bild von Oesterreich ist darum nicht weniger wahr und wirklich, weil es von einem hohen Standpunkt aus gesehen ist. Wo er nicht verehrend liebt, dort geht er vorüber; es ist ihm nur darum zu tun, das rein Positive des Geistigen zu gewinnen und dorthin den Leser mitzureißen. Nur der Begeisterte vermag es, zugleich stolz und demütig zu sein; so stolz und demütig ist das Lebensgefühl in diesem Buch. c. w.

## Zum Wirtschaftsvertrag mit der Ukraine.

Nach dem Wirtschaftsvertrag mit der Ukraine erfolgt auch während der Zeit des Provisoriums der Austausch jener Produkte, welche nicht so wichtig sind, daß ihre Mengen und Preise durch gemeinsame Kommissionen bestimmt werden, auf dem Wege des freien Verkehrs. Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr in diesen Waren schon jetzt durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrsverbote zu hemmen und die freie Durchfuhr zu gestatten. Danach müßten eigentlich im Verkehr mit der Ukraine jene Beschränkungen des Außenhandels entfallen, welche derzeit im Interesse der eigenen Versorgung und noch mehr der Aufrechterhaltung unserer Valutenkurse dem Verkehr mit allen neutralen Staaten gesetzt sind. Aber der Vertrag enthält auch eine Klausel, welche Ausnahmen und Verbotsmaßregeln neben anderen Rücksichten auch aus schwerwiegenden wirtschaftlichen Gründen gestattet, namentlich im Zusammenhang mit der auf den Krieg folgenden Uebergangszeit. Wenn demnach die Staaten das Recht haben, auch noch während der Uebergangszeit etwa Luxusimporte aus valutarischen Gründen zu verhindern, so müssen sie dieses Recht umsomehr zu einer Zeit haben, wo der Krieg mit den Weststaaten noch fortdauert. Und man darf annehmen, daß sich der Handelsverkehr mit der Ukraine vorläufig ähnlich wie mit den neutralen Staaten entwickeln und hauptsächlich im Kompensationswege stattfinden wird, wenn man auch beiderseits bestrebt sein wird, einander die größtmöglichen Zugeständnisse zu machen.

Die „Krakauer Zeitung“ ist in allen Zeitungsverschleissstellen erhältlich!

## FINANZ und HANDEL.

**„Zentralblatt für Steuerwesen“.** Das vorliegende 2. Heft des „Zentralblattes für Steuerwesen“ (Administration Wien IX, Peregringasse 1) enthält unter anderem folgende Aufsätze und Beiträge: „Die Frage der Hauszinssteuer-Reform“ von Direktor Ottokar Stern. „Die Besteuerung der Spekulationsgewinne“. „Leitfaden der direkten Steuern“ von k. k. Finanzsekretär C. Th. Gans. „Der Begriff des Anlagekapitals“. „Die Kriegszuschläge zu den direkten Steuern“ u. a. m., ferner die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom Jänner d. J. und wichtige Ratschläge für die Behandlung aktueller Steuerfragen.

**Die 8. deutsche Kriegsanleihe** wird in 5prozentigen Schuldverschreibungen und 4·5 prozentigen Schatzanweisungen, beide zu 98 Prozent in der Zeit vom 18. März bis 18. April l. J. zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Schatzanweisungen unterliegen den gleichen Verlosungsbedingungen, wie bei der 6. und 7. Kriegsanleihe.

**Tee-Erzeugung und -Handel der Welt.** Nach dem französischen Nationalökonomen Eduard Payen war der Jahresertrag der Haupterzeugungsländer an Tee (in Millionen englischen Pfund) folgender:

| | 1914 | 1915 | 1916 |
|---|---|---|---|
| Indien . . . . | 313 | 372 | 357 |
| Ceylon . . . . | 195·2 | 211·6 | 200 |
| Java . . . . . | 71 | 101·5 | 100 |

Auch China hat 1915 eine sehr gute Ernte gehabt, dagegen war 1916 die Ernte schlecht. Von dem Ertrage der aussergewöhnlich hohen Welternte 1915 ging der grösste Teil nach Grossbritannien. Russland hat davon 52 Millionen Pfund mehr bezogen als im Jahre 1914. Die britische Gesamteinfuhr stieg von 365 Millionen Pfund im Jahre 1913 auf 372 Millionen Pfund im Jahre 1914 und 433 Millionen Pfund im Jahre 1915. Dagegen sank sie 1916 wieder auf 377 Millionen Pfund. Ursache hierfür sind die Beförderungsschwierigkeiten, besonders für Lieferungen aus China. Der Teepreis ist stark gestiegen infolge der hohen Beförderungskosten. Zu Anfang 1917 betrug die Fracht für eine Tonne Tee von Ceylon nach London 235 gegen 45 sh. vor dem Kriege.

### Programm der Vorträge im wissenschaftlichen Kollegium.

Rynek gl. A-B 39.

Dienstag, 5. März: Prof. Ger. Feliński: „Shakespeares Dramen“.
Mittwoch, 6. März: Red. Dr. Ant. Beaupré: „Viktor Hugo“.
Beginn der Vorträge um 7 Uhr abends.
Eintrittspreis 50 h, Schülerkarte 30 h, Monatskarte 10 K für Schüler 6 K.

### Programm der „Literarischen Kurse“ im Musikinstitute

Annagasse 2.

Dienstag, 5. März: Prof. Dr. W. Semkowicz: „Cholm“.
Mittwoch, 6. März: Prof. Dr. Szyjkowski: „Byron. Kain, Don Juan“.
Anfang 6 Uhr abends.
Eintrittskarten à 1 K, für die Schuljugend 50 h in der Kanzlei des Musikinstitutes.

## Kinoschau.

**„KRIEGSFÜRSORGEKINO (OPIEKA)“,** Zielona 17. — Programm vom 5. bis einschl. 7. März. — An Wochentagen Beginn der ersten Vorstellung um 5 Uhr, der letzten um 1/29 Uhr. An Sonn- und Feiertagen Beginn um 3 Uhr. Ununterbrochener Einlass.

**Messterwoche.** Neueste Kriegsberichte. — **Ernst ist das Leben.** Prachtvolles Drama aus dem Künstlerleben mit Fern Andra in der Hauptrolle. **Der verhungerte Hamlet.** Lustspiel in 2 Akten. — **Militärmusik mit Harfenbegleitung.**



### K. u. k. Garnisons-Grossmenagewirtschaft

Ausgabestelle I, Podgórze.

Der bei der Ausgabestelle I für das vierte Quartal 1917 resultierende **Reinertrag** gelangt laut Beschluss der Vierteljahrsversammlung **zur Verteilung.** Die bei dieser Stelle in den Monaten Oktober, November und Dezember konsumierenden Gagisten hätten die pro Monat und Anteil entfallenden K 4.71 unter Vorweisung der Legitimation bei der Kassa der G. G. M. in nachfolgender Reihe zu beheben: A—H am 4. März, I—R am 6. März und S—Z am 7. März, **jedesmal nachmittags zwischen 3 u. 5 Uhr.**

Die bis einschliesslich 7. März nicht bei obenen Beträge kommen der nächsten Verrechnungsperiode zugute.









